

Heidi Grobbauer

DIE KURDEN — ZWISCHEN WIDERSTAND UND ER- ZWUNGENER ASSIMILATION

Feinde,
die Kurden leben noch immer.
Selbst Bomben
können sie nicht vernichten.

Keiner soll behaupten,
sie hätten aufgegeben.
Sie werden weiterkämpfen,
die Fahne hoch erhoben.

(Aus der inoffiziellen Nationalhymne)

Abstract

The present article discusses the formation and development of Kurdish nationalism and the Kurdish national movement in Iraq, Iran and Turkey. Also Kurdish nationalism is based on the ethnic identity of the Kurdish people (language, territory, and heritage of common history), national consciousness among the Kurds developed not before the division of Kurdistan after World War I. The formation of the Kurdish national development is the result of this division and the following suppression of the Kurdish people and it developed under the influence of European ideals of nationalism, freedom and self-determination. There are many conflicts and divisions within this national movement, which are briefly discussed here. In the second part the failure of integrating the Kurds by force is analyzed. The policy of the states with a Kurdish minority can be interpreted as internal colonialism, because Kurdish territories within these nations are underdeveloped and the exploitation of natural resources (e.g. oil) does not correlate with the investment in the infrastructure and economy of Kurdistan.

Vorbemerkungen

Sie leben noch immer, aber noch immer ist ihre Existenz bedroht, noch immer der drohende „Holocaust“ nicht abgewendet. Wie so oft im Laufe seiner Geschichte stand das kurdische Volk auch im aktuellen Golfkrieg zwischen den Fronten. Viele Kurden hofften zwar, daß ein Sieg der alliierten Mächte den Sturz des diktatorischen Regimes Saddam Husseins bedeuten würde, und eine Neuordnung der Kräfteverhältnisse eine Verbesserung für die politische Lage der Kurden bringen könnte. Das brutale Vorgehen des irakischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung nach Beendigung der Kampfhandlungen zwischen dem Irak und den USA und die dadurch

ausgelöste Flüchtlingswelle von ca. 2 Millionen Kurden haben zwar für das sogenannte „Kurdenproblem“ erstmals weltweite Aufmerksamkeit gebracht, aber noch keine tatsächliche Lösung. Die vorliegende Analyse der Entwicklung der kurdischen Nationalbewegung bezieht die aktuellen Ereignisse im Irak nicht mit ein. Dies ist insofern von Bedeutung als diese Ereignisse doch einen stärkeren Zusammenschluß der kurdischen Parteien mit sich brachten, und die kurdische Nationalbewegung sich zumindest zur Zeit als eine wesentlich einheitlichere Bewegung präsentiert.

Zahlreiche Publikationen zum „Kurdenproblem“ beschäftigen sich mit der geopolitischen Lage der Kurden, mit den Machtverhältnissen im Mittleren Orient und äußeren Einflüssen auf die politische Lage der Kurden, es gibt jedoch wenig Analysen der inneren Entwicklung der kurdischen Gesellschaft und der internen Faktoren, die den Verlauf der Geschichte des kurdischen Volkes geprägt haben.

Trotz der Aufteilung des kurdischen Territoriums und Volkes auf vier Staaten (Türkei, Iran, Irak und Syrien), die eine gewaltsame Assimilierungspolitik verfolgen, gibt es das „Kurdenproblem“ in diesen Staaten noch. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich im ersten Teil mit der Entstehung und inneren Entwicklung des kurdischen Nationalismus und Nationalbewußtseins. Es wird versucht, jene Faktoren herauszuarbeiten, die für Spaltungstendenzen innerhalb der kurdischen Nationalbewegung verantwortlich sind.

Im zweiten Teil wird die offensichtlich mißlungene Assimilierungspolitik der Staaten, auf die Kurdistan aufgeteilt ist, analysiert. Der kurdische Nationalismus konnte sich inmitten rivalisierender nationalistischer Ideologien, die eine gewaltsame Assimilierung der Kurden verfolg(t)en, behaupten, obgleich es der Nationalbewegung nicht gelang, längerfristige politische Erfolge für die Kurden zu erzielen.

1. Die Entwicklung einer nationalen kurdischen Bewegung

1.1 Grundlagen der ethnischen Identität

Ein homogenes Siedlungsgebiet, ihre Abstammung, die Überlieferung einer gemeinsamen Geschichte und Kultur sowie die kurdische Sprache bilden die wesentlichen Grundlagen der ethnischen Identität der Kurden. Die Herkunft des kurdischen Volkes ist wissenschaftlich noch weitgehend ungeklärt, die Kurden selbst sehen sich als Nachfolger der Meder.

Die kurdische Sprache gehört jedenfalls zur indoeuropäischen Sprachfamilie, und zwar zu den iranischen Sprachen (wie z. B. Persisch, Tadschikisch, Belutschisch u.a.). Die kurdische Sprache zerfällt ihrerseits in verschiedene Dialekte — Kurmanci, Sorani, Feyli.

Archäologische Funde im Irak deuten zwar auf eine frühere Existenz einer kurdischen Schrift hin, die jedoch verloren ging. Es gab zahlreiche Bemühungen, ein eigenes Alphabet zu entwickeln. So haben etwa kurdische Linguisten im Irak ein Alphabet entwickelt, das im wesentlichen eine Mischung aus arabischer und persischer Schrift mit Originalkonsonanten des Kurdischen ist. Daneben verwenden die Kurden drei andere Alphabete: das lateinische (Türkei, Syrien), das arabische (Irak) und das kyrillische (Sowjetunion).

Die Kurden gehören in ihrer Mehrheit der sunnitischen Richtung des Islam an. Es gibt neben sunnitischen und schiitischen Kurden noch etwa 100.000 Yezidi (Teufelsanbeter). Letztere sind nicht nur als Kurden, sondern auch als Religionsgemeinschaft unterdrückt und verfolgt.

Die Grenzen des kurdischen Territoriums sind ebenso wie die Zahl der kurdischen Bevölkerung umstritten. Die Diskussionen um Gebiete und Zahlen sind von den Interessen der Staaten, auf die Kurdistan heute aufgeteilt ist, beeinflusst. So beanspruchen etwa sowohl der Irak als auch die Türkei die Erdölgebiete um Mossul und Kirkuk. Die Zahl der kurdischen Bevölkerung kann nur geschätzt werden, da es kein verlässliches Datenmaterial gibt, wobei diese Schätzungen von den Interessen der Konfliktparteien (Kurden und Staaten, die eine kurdische Minderheit haben) beeinflusst sind. Foggensteiner/Reichmann führen eine Gesamtzahl von 23 Millionen mit folgender Aufteilung an: 12,3 Millionen Kurden in der Türkei, 4,5 Millionen im Irak, 5 Millionen im Iran, 900 000 in Syrien und 350 000 in der Sowjetunion (vgl. Foggensteiner/Reichmann 1988, 8/9).

Wesentlich zur Aufrechterhaltung der ethnischen Identität der Kurden hat im Verlauf der Geschichte sicher auch ihre Stellung im Osmanischen Reich beigetragen. Die meisten kurdischen Fürstentümer hatten im Osmanischen Reich relative Autonomie, wodurch die ethnische Identität trotz Zugehörigkeit zu einem Reich, das von einer anderen ethnischen Gruppe regiert wurde, damals nicht gefährdet war. Die Loyalität der Kurden zum Osmanischen Reich war aufgrund der gemeinsamen Religion gegeben. Als aber die osmanische Zentralverwaltung versuchte, die Autonomie der Fürstentümer einzuschränken, gab es Widerstand von Seiten der kurdischen Fürsten. Durch diese Entwicklung festigte sich die kurdische Identität und entwickelte sich langsam zu einem nationalen Bewußtsein (Verbindung der ethnischen Identität mit politischen Forderungen).

1.2 Übergang von ethnischem zu nationalem Bewußtsein

Die traditionelle kurdische Gesellschaft war eine nomadische Stammesgesellschaft, deren Strukturen zum Teil noch heute die politische und sozioökonomische Entwicklung Kurdistans beeinflussen. Der Übergang vom StamMESSystem zum Feudalismus brachte eine Änderung der Besitzverhältnisse. Stammesführer wurden zu Großgrundbesitzern, die vor allem im kurdischen Teil der Türkei bis in die Gegenwart eine starke wirtschaftliche Position innehaben und damit auch in der Politik Einfluß ausüben. Dort sind sie überwiegend Gegner der kurdischen Nationalbewegung, in deren politischer Ausrichtung (sozialistische und kommunistische Parteien) sie eine Gefährdung ihrer eigenen Position sehen.

Die starke Solidarität innerhalb eines nomadischen Stammes, die für die Existenz und den Schutz jedes Einzelnen notwendig war, bildet einerseits einen wesentlichen Faktor für die Persistenz der ethnischen Identität der Kurden. Andererseits hat sich diese Verbundenheit mit einem Stamm zum Teil bis in die heutige Zeit erhalten und bildet wohl eher einen Hemmschuh für die nationale Einheit der Kurden.

Die starke Aufteilung in Stämme, die die wichtigste Identitäts- und Loyalitätsebene darstellten, war immer ein Hindernis für stammesübergreifende Zusammenschlüsse.

Ebenso konnte die Islamisierung mit der starken Betonung der islamischen Gemeinschaft (umma) die Loyalität der Kurden nur zeitweilig binden — auch das wahrscheinlich auf der anderen Seite ein Faktor, der zur Erhaltung der kurdischen Identität beitrug. Aber die starke Solidarität innerhalb des Stammessystems war nicht nur der Konsolidierung einer stammesübergreifenden islamischen Gemeinschaft hinderlich, sondern stand auch einem stammesübergreifenden nationalen Zusammenschluß der Kurden entgegen.

Trotz dieser gesellschaftlichen Struktur mit abgegrenzten Stammessystemen gab es aufgrund gemeinsamer Merkmale wie Sprache, Abstammung und Siedlungsraum bereits sehr früh das Bewußtsein einer kurdischen Identität. In der Literatur über die frühe Geschichte der Kurden finden sich zahlreiche Hinweise darauf, daß die Zugehörigkeit zum kurdischen Volk nicht in Zweifel stand, und es gab eine klare Abgrenzung zu den benachbarten Völkern. In der kurdischen Gesellschaft entwickelten sich demnach mehrere Loyalitäts- und Identitätsebenen. Mit dem Vorhandensein multipler Zugehörigkeiten entstand die Frage, welche Gruppenbindung sich in Konfliktsituationen als die jeweils stärkste erweist. „Im Wertesystem der Stammesorganisation ist das ‚ich‘ so gut wie nicht vorhanden: es ist das ‚wir‘ (der Stamm), das vorherrscht. Das Individuum bezieht sich auf seinen Stamm, es bestimmt sich nur in Abhängigkeit von ihm. Es ist zunächst Mitglied eines solchen Stammes, dann Moslem, Yezidi oder Christ und erst danach Kurde usw.“ (Kendal 1984, 48)

Im 19. Jahrhundert lassen sich erste Ansätze einer kurdischen Nationalbewegung beobachten, als es zahlreiche Aufstände gegen die verstärkte Zentralisierungspolitik der osmanischen Herrschaft (zum Teil auch gegen die persische Zentralmacht in den kurdischen Gebieten im Persischen Reich) gab. Diese Aufstände waren jedoch meist nur auf bestimmte Stammesgebiete oder Fürstentümer beschränkt und von einzelnen Fürsten organisiert, die sich vor allem gegen die Bedrohung ihrer relativen Autonomie und die Gefährdung der damit verbundenen Privilegien zur Wehr setzen wollten. Einzelne Versuche, Zusammenschlüsse mehrerer Stämme oder Fürstentümer zu organisieren, scheiterten im wesentlichen an der Rivalität um die Vormachtstellung der Fürsten und Stammesführer.

Die Niederschlagung dieser Aufstände führte zur völligen Auflösung der kurdischen Fürstentümer, womit der Weiterentwicklung einer kurdischen nationalen Bewegung zunächst einmal eine wichtige Basis entzogen wurde. Das politische Führungsvakuum konnte zum Teil durch religiöse Führer (Scheichs) gefüllt werden, die in der kurdischen Gesellschaft eine relativ starke Machtposition (auch ökonomisch) innehatten. Einigen Scheichs gelang es zudem erstmals, stammesübergreifende Zusammenschlüsse zu erreichen und diese für einen Aufstand einzusetzen.

Diese Aufstände gaben sich zum Teil zwar nationalistisch (z.B. der Aufstand unter Führung von Scheich Ubeidullah Nehri 1880), der kurdische Nationalismus bildete aber nur einen Vorwand für einen Kampf um die Autonomie der Stämme und damit der Verteidigung des Tribalismus. Gemeinsam war allen diesen Aufständen, daß sie relativ unkoordiniert und spontan ausbrachen, ohne politisches Programm, ohne festgelegte Strukturen und Ziele. Trotz der unzweifelhaft vorhandenen ethnischen Identität des kurdischen Volkes kann man in dieser Zeit noch nicht von einem

kurdischen Nationalbewußtsein sprechen, da neben einer breiteren Basis für eine nationale Bewegung auch die Formulierung klarer politischer Ideen und Ziele fehlte.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchten erste kurdische politische Organisationen auf. Die Herausbildung einer kleinen kurdischen intellektuellen Schicht (zunächst Nachkommen der alten Aristokratie) vor allem im damaligen Stambul, die nicht unberührt von europäischen Ideen und Ideologien (Nationalismus, Liberalismus, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit) blieb, und eine kurze Phase der Liberalität nach der Machtübernahme der Jungtürken bildeten einen guten Nährboden für die Gründung der ersten politischen Organisationen und für die Herausgabe der ersten kurdischen (oder zweisprachigen) Zeitschriften.

Aber auch in dieser Phase blieb die Bewegung äußerst heterogen, es wurde zwar eine breitere Diskussion über die Erhaltung der kurdischen Kultur und Sprache und über eine nationale kurdische Einheit initiiert, aber die Bewegung konnte weder klare Strukturen noch ausgeprägte politische Ideen oder Programme noch klare Ziele aufweisen. Diese wichtige Entwicklungsphase wurde zunächst durch eine Änderung der Politik der Jungtürken — verbunden mit dem Verbot sämtlicher nicht-türkischer Vereinigungen, Publikationen und Schulen — und später durch die Beteiligung des Osmanischen Reiches am Ersten Weltkrieg sowie durch die Instrumentalisierung der Parole von der „islamischen Gemeinschaft zwischen Türken und Kurden“ für die Politik Mustafa Kemals radikal unterbrochen.

Die Möglichkeit eines unabhängigen kurdischen Staates, wie sie im Friedensvertrag von Sevres (1920) noch vorgesehen war, fehlte im nachfolgenden Friedensvertrag von Lausanne (nach dem Befreiungskrieg unter Führung Mustafa Kemals). Innerhalb der kurdischen Gesellschaft existierte in dieser Zeit auch noch kein nationales Bewußtsein, das die Errichtung eines eigenen Staatsgebildes anstrebte.

Der Übergang von einem ethnischen zu einem nationalen kurdischen Bewußtsein fällt zeitlich zusammen mit der Aufteilung Kurdistans auf mehrere Staaten. Der kurdische Nationalismus war somit von Anfang an mit anderen Nationalismen, die stark chauvinistische Züge aufwiesen, konfrontiert, sodaß sich das kurdische Nationalbewußtsein nicht langsam und kontinuierlich entwickeln konnte. Die Aufteilung von Volk und Territorium hat die Entwicklung einer einheitlichen Nationalbewegung einerseits stark behindert, andererseits aber die Entstehung eines starken Nationalbewußtseins als Reaktion auf die Unterdrückung und drohende Zwangsassimilierung gefördert.

1.3 Die moderne Phase der kurdischen Nationalbewegung

Mit dem Friedensvertrag von Lausanne 1923 wurde die bis heute geltende Aufteilung des kurdischen Volkes und Territoriums festgelegt. Die Kurden wurden zu Minderheiten in fünf Staaten (Türkei, Iran, Irak, Syrien und Sowjetunion). Sie sahen sich zudem stark nationalistischen Ideologien und zum Teil gewaltsamen Assimilierungsbestrebungen ausgesetzt. Die kulturelle und politische Unterdrückung führten zunächst zu zahlreichen Aufständen in den kurdischen Gebieten, die aber alle niedergeschlagen wurden.

Mit der zunehmenden Bewußtwerdung der Aufteilung und Unterdrückung sowie der damit verbundenen Bedrohung der Existenz des Volkes entwickelte sich eine breitere und stärkere Widerstandsbewegung unter den Kurden. Stark beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die Gründung einer unabhängigen kurdischen Republik in Mahabad (Iran) 1946, die allerdings nach einem Jahr von persischen Truppen aufgelöst wurde, und dem von Mullah Mustafa Barzani im Irak geführten Befreiungskrieg (mit kurzen Unterbrechungen von 1961 bis zur schweren Niederlage 1975). Das Zentrum der kurdischen Nationalbewegung bildete sich zunächst im Irak heraus, wo sich kurdische Parteien mit klar formulierten Zielen wie Autonomie oder Unabhängigkeit etablierten. Die kurdische Nationalbewegung entwickelte sich etwa ab 1945 zu einer sehr vielschichtigen Bewegung mit zahlreichen politischen Gruppierungen und Parteien in drei Teilen Kurdistans (Türkei, Iran, Irak).

Nationalismus und sozialer Wandel

Von zahlreichen Theoretikern wird auf den Zusammenhang beziehungsweise die zeitliche Parallelität der Entstehung von Nationalismus und dem Übergang traditioneller zu modernen Gesellschaften hingewiesen. Nationalismus wird als Ersatz für traditionelle Gruppenbindungen und Identifikationsmöglichkeiten gesehen. Eine kritische Analyse der Entstehung des kurdischen Nationalismus zeigt meines Erachtens ein etwas anderes Bild, da in diesem Fall der Nationalismus zunächst vor allem als Legitimation für die Erhaltung der traditionellen Lebensweise und damit für die Erhaltung der Privilegien der traditionellen Elite beziehungsweise als Verteidigung gegen Modernisierungsprozesse in der kurdischen Gesellschaft diente oder benutzt wurde.

Elemente eines Modernisierungsprozesses wie zunehmende Kommunikation und Urbanisierung spielten auch in der Entwicklung des kurdischen Nationalismus eine Rolle. Die intellektuelle Schicht, die sich in den Städten etablierte, war ein auslösender Faktor für die Gründung der ersten kurdischen politischen Organisationen, die wiederum eine breitere Basis für die kurdische Nationalbewegung bildeten.

Diese Organisationen produzierten die ersten kurdischen Zeitschriften und verbreiteten damit ihre Ansichten und Ideen über kurdische Geschichte und Kultur sowie über eine nationale Einheit der Kurden. Die verstärkte Kommunikation innerhalb der Kurden hat damit eine Stärkung des Nationalbewußtseins mitbewirkt, wobei vor allem die Kommunikationsinhalte — Begriffe wie Freiheit und Unabhängigkeit, Aufstieg und Fortschritt standen im Zentrum kurdischer Publikationen (vgl. Küchler 1978, 159) — eine große Rolle spielten.

Bedeutend erscheint mir auch eine Unterscheidung zwischen innerethnischer (innerhalb der Kurden) und intra-ethnischer (zwischen Kurden und anderen ethnischen Gruppen) Kommunikation zu sein. Die Zunahme von Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen hat zu einer verstärkten Bewußtwerdung der ökonomischen Ungleichheiten zwischen diesen Gruppen geführt. Die Auseinandersetzung mit der ökonomischen Unterentwicklung nahm auch in der politischen Presse der Kurden breiten Raum ein, sie wird „als bewußte

Benachteiligung der kurdischen Region angesehen und verstärkt die ablehnende Haltung gegenüber den Zentralregierungen" (Grobbauser 1989, 172)

Soziale Transformationsprozesse in der kurdischen Gesellschaft (die Herausbildung einer Schicht städtischer Intellektueller, verstärkte Kommunikation (inner- und intra-ethnisch), und zunehmende Politisierung haben die Integration innerhalb der kurdischen Gesellschaft wesentlich gefördert. Der kurdische Nationalismus hat an Anziehungskraft gewonnen, er griff auf die schon vorhandene ethnische Identität zurück. Mit der Entwicklung des kurdischen Nationalismus haben andere Gruppenbindungen und Loyalitätsebenen (Stamm, Religion) an Bedeutung verloren, sind aber noch nicht ganz verschwunden, wodurch es vor allem innerhalb der kurdischen Nationalbewegung Konfliktpotential gibt.

Konfliktursachen innerhalb der kurdischen Nationalbewegung

Die Zersplitterung der kurdischen Nationalbewegung in zahlreiche politische Gruppierungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Programmen mindert die Durchsetzungsfähigkeit ihrer Forderungen. Diese Zersplitterung resultiert einerseits aus den Spannungen innerhalb einer Gesellschaft, die sich im Übergangsstadium von einer traditionellen zu einer modernen befindet, andererseits aus der Aufteilung auf mehrere Staaten, die die kurdischen Parteien zur Suche nach Allianzen zwingt, die der Entwicklung einer einheitlichen Bewegung nicht förderlich sind.

Reste tribaler und feudaler Strukturen mit einer starken Autorität und Stellung der Stammes- und zum Teil auch religiöser Führer innerhalb der kurdischen Gesellschaft kollidierten mit der zunehmend an Einfluß gewinnenden Schicht städtischer Intellektueller. Im Laufe der Entwicklung der kurdischen Nationalbewegung zeigte sich, daß es für politische Parteien kaum möglich war, eine breitere Basis in der kurdischen Bevölkerung aufzubauen ohne Zusammenarbeit mit traditionellen Autoritäten. Die Bedeutung der tribalen Elemente in der kurdischen Gesellschaft wurde von der kurdischen Intelligentsia zunächst kaum berücksichtigt: „Der Tribalismus gilt bei diesen Führern im Hintergrund ihres modernistischen Denkens als Relikt vergangener Zeiten, als schlicht reaktionär, ohne daß sie sich bemühen, die politische Brisanz der tribalen Beziehungen und Loyalitäten näher zu betrachten.“ (Ibrahim 1983, 798)

In der kurdischen Nationalbewegung haben sich zwei Pole herausgebildet — die städtischen Intellektuellen verliehen der Bewegung politisches Gewicht, während die Stämme mit ihren Führern die militärische Komponente bildeten. Diese Situation führte aber auch zu Kämpfen zwischen Intellektuellen und Stammesführern und Großgrundbesitzern um Vormachtstellung und Führung in der Nationalbewegung.

Die Gegensätze zwischen dem städtisch-intellektuellen und dem traditionell-konservativen Teil der Nationalbewegung zeigen sich auch in Motivation und Zielsetzung für den Kampf. Während die Intellektuellen neben dem Kampf um Unabhängigkeit oder Autonomie auch Ziele wie sozialen Fortschritt und Veränderung der politischen und sozioökonomischen Verhältnisse innerhalb der kurdischen Gesellschaft verfolgen, bleibt die traditionell-konservative Seite alten Zielen verhaftet. Ihr Widerstand richtet sich oft gegen staatlich verordnete Modernisierungsmaßnahmen, die eine Gefährdung traditioneller Lebensformen und damit eigener Privilegien (z. B. der

Großgrundbesitzer durch Landreformen) darstellen. Während man in der Türkei die Zusammenarbeit kurdischer Großgrundbesitzer mit der türkischen Regierung verbunden mit einer einflußreichen Stellung in der Politik feststellen kann, haben sich die kurdischen Großgrundbesitzer im Iran in einer Phase der Bedrohung ihrer Position durch Landreformen auf die Seite der kurdischen Nationalbewegung gestellt.

Tribale und feudale Elemente sind vor allem in der Demokratischen Partei Kurdistans vertreten, daneben gibt es zahlreiche Parteien — im besonderen die Komala im Iran, die Patriotic Union Kurdistan (PUK) im Irak und die PKK (Kurdische Arbeiterpartei) in der Türkei, die auch den Kampf gegen alte Stammes- und Feudalstrukturen in Kurdistan aufgenommen haben.

Die Ziele der kurdischen Parteien sind ebenfalls uneinheitlich. Sie reichen von reinen Autonomieregelungen in den einzelnen Gebieten über Teilunabhängigkeit bis zur Unabhängigkeit Gesamtkurdistans. Verbunden mit unterschiedlichen Zielsetzungen ist die Suche der einzelnen Parteien nach Bündnispartnern im Kampf um die jeweils angestrebte Lösung. Diese strategischen Allianzen haben sich bis jetzt immer zum Nachteil der kurdischen Bewegung ausgewirkt. Dies wurde besonders deutlich beim Bündnis Barzanis mit dem persischen Schah im irakischen Bürgerkrieg, als der Schah die Unterstützung der Kurden für ein Abkommen über den Verlauf des Shatt-al-Arab mit dem Irak 1975 einstellte. Solche Bündnisse erhöhen das Konfliktpotential innerhalb der kurdischen Bewegung enorm (z. B. im Falle der Allianzen im irakisch-iranischen Krieg). Kurzfristig stellen sie zwar eine Stärkung einzelner Parteien dar, längerfristig schwächen sie meines Erachtens die kurdische Bewegung aber, da das Mißtrauen zwischen den Parteien und Flügelkämpfe gefördert werden.

2. Mißlungene Integration der kurdischen „Minderheit“

2.1. Konfrontation mit anderen Nationalismen

Nach dem Abbasidenreich (750 — 1258 n. Chr.) gab es mit dem Osmanischen Reich (Beginn d. 14. Jhs. — 1918) erstmals wieder ein Staatsgebilde, in dem der Islam nicht nur vorherrschende Religion war, sondern auch die politisch-soziale Ordnung beeinflusste. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine stärkere panislamische Bewegung im Osmanischen Reich. Der Panislamismus wurde von den Herrschern, besonders von Sultan Abdul Hamid II. einerseits als Mittel zur Mobilisierung der Massen gegen die Bedrohung durch die europäischen Mächte und Rußland eingesetzt, andererseits als Möglichkeit gesehen, den drohenden inneren Zerfall des ethnisch (und religiös) heterogenen Reiches aufzuhalten.

Mit der Propagierung der islamischen Einheit und Gemeinschaft konnte auch die Loyalität der kurdischen Bevölkerung eine Zeitlang an das Reich gebunden werden.

Die panislamische Idee stand sowohl zum Panarabismus als auch zum regionalen arabischen Nationalismus, beides säkulare Bewegungen, im Gegensatz. Beide — Panislamismus und Panarabismus — propagierten eine Einheit und Gemeinschaft, die aber aufgrund der realen gesellschaftlichen Heterogenität nur eine aufgezwungene sein konnte. „Nach der Dekolonisation und der Konstituierung mehrerer arabischer Nationalstaaten gab es zwar einige Versuche zur Bildung einer arabischen Nationalbewegung und zumindest ein Lippenbekenntnis zum Panarabismus fast

aller arabischen Regierungen. In der politischen Realität überwog aber der lokale Nationalismus.“ (Grobbauser 1989, 190) Sowohl Panislamismus als auch Panarabismus waren zwar durchaus wirksame Mittel zur Massenmobilisierung, aber die Umsetzung einer islamischen oder arabischen Gemeinschaft als nationales, staatliches Gebilde gelang nicht. Die aktuellen politischen Entwicklungen des Nahen Ostens zeigen, daß von verschiedenen Kräften auch heute noch versucht wird, die mobilisierende Wirkung solcher Ideen einzusetzen. Die im Irak und in Syrien regierende Baath-Partei ist eine panarabische Partei, in deren Terminologie der Begriff „national“ sich auf die gesamte arabische „Nation“ bezieht.

Rechtfertigt eine panislamische Ideologie die Einbeziehung des kurdischen Volkes in die islamische Gemeinschaft noch, da die große Mehrheit der Kurden dem Islam angehört, so trifft dies auf eine panarabische Ideologie nicht zu, da die Kurden keine Araber sind. Trotzdem heißt es in der Verfassung des Irak, das kurdische Volk ist ein untrennbarer Teil des Irak und der Irak ein Bestandteil der arabischen Nation. Trotz der Anerkennung der kurdischen Minderheit und gewisser Rechte, die zumindest auf dem Papier in einem Autonomiestatut für die kurdische Region im Irak festgelegt sind, wendet sich die kurdische Widerstandsbewegung vor allem gegen diese Vereinnahmung des kurdischen Volkes durch eine „arabische Nation“.

Neben Panarabismus und regionalem arabischem Nationalismus haben sich auch in der Türkei und im Iran stark nationalistische Strömungen entwickelt. Mit der Etablierung der türkischen Republik 1923 gab es zwar einen klar umrissenen Rahmen für den türkischen Nationalismus, aber keine ethnisch oder religiös homogene Gesellschaft. Auch in der türkischen Verfassung ist die Unteilbarkeit des Staates und der „Nation“ enthalten, die Bildung von Parteien auf ethnischer, religiöser oder regionaler Grundlage verboten (vgl. Steinbach 1988, 347). In der Verfassung sind Minderheitenrechte verankert, die allerdings nur für religiöse Minderheiten gelten. Die Kurden gelten in der Türkei als „Bergtürken“, die einen „alten türkischen Dialekt“ sprechen. Die kurdische Sprache ist verboten, die Existenz einer kurdischen Minderheit wurde in der Türkei lange Zeit geleugnet, erst in den letzten Jahren gab es hier eine leichte Änderung.

Im Iran propagierte die Pahlevi-Dynastie (1925 — 1979) einen Nationalismus, der auf vorislamische, altiranische Elemente zurückgriff. „Ist der arabische Nationalismus im wesentlichen ein Sprach-Nationalismus, weist dagegen die in der Pahlevi-Zeit vorherrschende, repressiv-chauvinistische Variante des iranischen Nationalismus, der Paniranismus, darüber hinaus rassenbezogene Elemente auf.“ (Ekbal 1985, 95). Auch im Iran war also die herrschende Ideologie klar gegen die im Land lebenden Minderheiten gerichtet, deren Assimilierung zum Teil gewaltsam forciert wurde (z. B. Verbot der kurdischen Sprache und der kurdischen Tracht). Wie wenig zielführend allerdings diese gewaltsame Assimilierungspolitik war, zeigte sich in der Teilnahme der Minderheiten an der iranischen Revolution 1979. Nach der Machtübernahme Khomeinis wurde allerdings schnell klar, daß Hoffnungen der Minderheiten auf größere Autonomie nach der Revolution verfrüht waren, denn auch die neue Führung des Iran sah die Forderungen der Minderheiten nach mehr Mitspracherecht und/oder Autonomie als Gefährdung des Staatswesens an. „Ebenso wie die Propagierung eines iranischen Nationalismus im Vielvölkerstaat Iran die Rechte anderer Kulturen negiert hat, werden durch die gegenwärtige Propagierung des Islam beziehungswei-

se der Schia all jene Bevölkerungsgruppen diskriminiert, die entweder Angehörige einer anderen Religion (z. B. Baha'i) oder keine Anhänger der schiitischen Richtung des Islam sind, wie etwa ein Großteil der Kurden.“ (Grobbaauer 1989, 214)

Die Kurden stehen also in allen Staaten starken nationalistischen (Staats-)Ideologien gegenüber, aufgrund derer ihnen politische und kulturelle Rechte verweigert werden und ihre Assimilierung angestrebt wird.

2.2 Interner Kolonialismus — die wirtschaftliche Unterentwicklung der kurdischen Gebiete

Da die Wirtschaftsplanung auch im Bereich der Regionalpolitik in den Händen der Zentralregierungen liegt, kann die ökonomische Unterentwicklung in allen kurdischen Gebieten wohl nicht als Zufall bezeichnet werden. Neben der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung, der Verweigerung politischer und sogar kultureller Rechte (z. B. Verbot der Sprache, Illegalität der kurdischen Parteien) trägt auch die ökonomische Unterentwicklung, die von den kurdischen Parteien als gezielt angesehen wird, zur Stärkung des Nationalismus bei.

Die ökonomische Unterentwicklung läßt sich im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückführen:

„1. Durch die ideologische Ausrichtung auf Modernisierung und Industrialisierung wird in der Türkei, im Iran und im Irak der landwirtschaftliche Teil vernachlässigt. Durch die Konzentration der kurdischen Wirtschaft auf den Agrarsektor ist Kurdistan besonders von dieser Vernachlässigung betroffen.

2. Die Regionalpolitik der drei Staaten beinhaltet nicht die Absicht, zur sozio-ökonomischen Entwicklung der kurdischen Region beizutragen. Ausbau der Infrastruktur oder Investitionen werden im kurdischen Gebiet getätigt, wenn dies für andere Zwecke notwendig ist“ (z. B. für die irakische Erdölförderung oder dem notwendigen Ausbau der Infrastruktur für türkische NATO-Stützpunkte). (Grobbaauer 1989, 343/344)

Die türkische Regierung versucht jetzt allerdings, den Südosten aufzubauen und durch das sogenannte GAP-Projekt (Güneydogu Anadolu Projesi) eine wirtschaftliche Entwicklung zu forcieren. GAP ist ein Großprojekt zum Bau von Staudämmen und Wasserkraftwerken. Bis zum Jahr 2020 sollen 15-21 Staudämme und 17-18 Wasserkraftwerke entstehen (vgl. Franz 1989, 187). Der größte der Staudämme, der Atatürk-Staudamm, 560 Meter breit, 166 Meter hoch, soll den Euphrat zu einem 800 Quadratkilometergroßen See stauen, um damit ein 2400 Megawatt-Kraftwerk zu versorgen (vgl. Hehemoser 1991, 30).

Die Ziele des GAP sind in erster Linie die Gewinnung von Energie und Anbaufläche. GAP soll aus dem Südosten der Türkei ein riesiges Gebiet für (Export-)Agrarproduktion machen. Die Auswirkungen des GAP auf die kurdische Bevölkerung sind zunächst einmal große Umsiedlungen der Bevölkerung und die Evakuierung zahlreicher Dörfer sowie der Verlust von Land für die kurdischen Bauern. Bis jetzt sollen 155 Dörfer zerstört und ca. 65 000 Menschen umgesiedelt worden sein (Hehemoser 1991, 30/31). An den Besitzverhältnissen in diesem Gebiet (ganze Dörfer im Besitz von Großgrundbesitzern, Feudalstrukturen) hat sich nichts geändert, Ablösezahlun-

gen gingen an die Eigentümer und nicht an die den Boden bearbeitenden Pächter, Grundstücksspekulanten kauften ganze Dörfer auf, bis die Regierung den Landkauf in diesem Gebiet verbot. Die gewonnene Energie fließt vorwiegend in den Westen der Türkei, weil es immer noch keine nennenswerten Investitionen im Südosten gibt. Die türkische Regierung erhofft sich durch die propagierte wirtschaftliche Entwicklung eine Abnahme des Einflusses kurdischer nationalistischer Parteien. Eine längerfristig positive Entwicklung in der Folge des GAP-Projektes sieht Franz: „Eine Entwicklung in der betroffenen Region wird einsetzen, wenn auch langsamer als von offizieller Seite propagiert. Die Bedeutung der Region für die türkische Gesamtwirtschaft und damit ihre Wirtschaftsintegration nimmt mit jedem Tag, mit dem das Projekt fortschreitet, zu. (...) Mit der wirtschaftlichen Bedeutung wird aber auch die politische Bedeutung der Regionalbevölkerung zunehmen.“ (Franz 1989, 198) Trotzdem geht diese mögliche zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zunächst einmal zu Lasten der kurdischen Bevölkerung.

Ökologische Bedenken, die aufgrund zahlreicher Erfahrungen mit ähnlichen Projekten berechtigt erscheinen, werden von der Regierung nicht geteilt. Neben den innenpolitischen Problemen, die mit diesem Projekt verbunden sind, ergibt sich auch ein außenpolitischer Machtfaktor für die Türkei, da sie mit den Staudämmen die Möglichkeit hat, den Nachbarländern Irak und Syrien die Wasserzufuhr von Euphrat und Tigris abzuschneiden beziehungsweise zu beschränken.

3. Schluß

Angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse und Entwicklungen im Mittleren Orient scheint eine Lösung der Kurdenfrage nach wie vor weit entfernt. Der Irak hat mit seinen Giftgasangriffen gegen kurdische Dörfer im März 1988 und mit dem Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung, das schließlich zur großen Flüchtlingswelle im Frühjahr 1991 führte, gezeigt, daß er bereit wäre, den „Störfaktor“ Kurden durch Vernichtung auszuschalten.

Im Iran scheint die Lage im kurdischen Gebiet momentan ruhiger zu sein. Die kurdische Nationalbewegung im Iran, insbesondere die Demokratische Partei, leidet aber sicher noch am Verlust ihres bedeutenden Führers, des in Wien 1989 ermordeten Abdurrahman Ghassemlou.

In der Türkei zeichnen sich leichte Veränderungen in der Behandlung der Kurdenfrage ab, aber noch keine offizielle Anerkennung politischer oder kultureller Rechte für die kurdische „Minderheit“ in der Türkei.

Die Lösungsmöglichkeiten dürften sich im besten Fall auf die Gewährung von Autonomierechten beschränken, die folgende wesentliche Elemente enthalten müßten:

„1. Die territoriale Abgrenzung der Autonomiegebiete unter Einbeziehung der wirtschaftlich relevanten Gebiete Kurdistans. Für die sozio-ökonomische Entwicklung Kurdistans ist die Investition der Einnahmen aus der Ausbeutung der Rohstoffe, die im kurdischen Gebiet vorhanden sind, vor allem des Erdöls, in die kurdische Wirtschaft von enormer Bedeutung.

2. Die Gewährung politischer und kultureller Rechte.

3. Die Einführung von Kurdisch als Schul- und Amtssprache in den autonomen Gebieten.“ (Grobbaauer 1989, 396)

Eine föderalistische Lösung wurde nach dem Ende des Krieges zwischen dem Irak und den USA vor allem von der kurdischen Opposition im Irak angestrebt. Eine Teil- oder Gesamtunabhängigkeit Kurdistans bleibt angesichts der realpolitischen Verhältnisse wohl Utopie. Die Unabhängigkeit eines Teiles von Kurdistan würde in jenen Teilen Kurdistans, die noch anderen Staaten angegliedert blieben, bedeutenden Einfluß auf die dortige Nationalbewegung ausüben. Somit ist anzunehmen, daß sich alle drei Staaten (Türkei, Iran, Irak) mit vereinten Kräften nicht nur gegen die Unabhängigkeit Gesamtkurdistans sondern auch gegen eine solche Teillösung stellen würden. Auch Autonomieregelungen in einem Staat würden Forderungen der kurdischen Parteien in den Nachbarstaaten provozieren, sodaß mit einer Lösung der „Kurdenfrage“ durch Zugeständnisse an die kurdische Nationalbewegung zur Zeit nicht zu rechnen ist.

LITERATUR

BESIKCI, Ismail: Wir wollen frei und Kurden sein. Brief an die UNESCO. Frankfurt a. Main, 2. Aufl., 1987.

BRUINEN, Martin van: Agha, Sheikh and State — on the Social and Political Organization of Kurdistan. Utrecht 1978.

CHALIAND, Gerard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Bd. I, Göttingen/Wien 1984.

EKBAL, Kamran: Islam, Nationalismus und Identitätsfragen: Historische, ideologische und soziale Dimensionen des Irakisch-Iranischen Krieges. In: PERIPHERIE, Nr. 18/19, 5. Jg., April 1985, 85 — 115.

FRANZ, Erhard: Das „Güneydogu Anadolu Projesi“. In: Dokumentation zur Internationalen Konferenz Menschenrechte in Kurdistan. Bremen 1989, 187 — 198.

GROBBAUER, Heidi: Das Kurdenproblem. Hindernisse auf dem Weg zu einer Nation. Salzburg 1989.

HEHEMOSER, Martin: Das Mega-Kraftwerk. In: NEUE AZ, Wien, 9.1.1991, 30/31.

IBRAHIM, Ferhad: Die kurdische Nationalbewegung im Irak. Eine Fallstudie zur Problematik ethnischer Konflikte in der Dritten Welt. Berlin 1983.

KÜCHLER, Hannelore: Öffentliche Meinung: Eine theoretisch-methodologische Betrachtung und eine exemplarische Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden. Berlin 1978.

VANLY, Ismet Cherif (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Bd. II und III. Göttingen/Wien, 1986 und 1988.

*Dr. Heidi Grobbaauer, Afro-Asiatisches Institut/Bildungsreferat, Türkenstraße 3,
A-1090 Wien*